

Am 12. Mai 1965 nahmen Westdeutschland und Israel diplomatische Beziehungen auf. Sechzig Jahre später versprach Anfang 2025 das Auswärtige Amt in einer Pressemitteilung, dieses „historische Ereignis feierlich und emotional“ zu würdigen. Allerdings könnte der Zeitpunkt, die deutsch-israelischen Beziehungen zu feiern, kaum ungünstiger sein.

Was für eine undankbare Aufgabe, eine Party ohne jede Feierstimmung zu organisieren. Es wurde ein hochpoliertes Logo in den Farben der beiden Nationalflaggen entworfen. Man wollte die Feierlichkeiten aus den „neonbeleuchteten Büros“ hinaus „auf die Straßen tragen“. Doch welche Bürger lassen sich derzeit für die Partys begeistern, während die israelische Blockade von Nahrungsmitteln und medizinischer Versorgung im Gazastreifen seit neun Wochen andauert? Angesichts der Bilder abgemagerter palästinensischer Kinder oder der israelischen Geiselfamilien, deren Leid von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu und seinen Ministern missachtet und verhöhnt wird?

Die israelische Regierung scheut auch nicht davor zurück, die Erinnerungskultur für ihre politischen Zwecke zu instrumentalisieren. Im Frühjahr mussten der Bundesantisemitismusbeauftragte Felix Klein und der Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Volker Beck ihre Teilnahme an einer internationalen Konferenz zur Bekämpfung von Antisemitismus in Jerusalem absagen. Der Grund: Die Einladungs- und Rednerliste der israelischen Regierung las sich wie ein Who's who der europäischen Rechtsradikalen. Fast gleichzeitig wetterte der israelische Botschafter in Berlin, Ron Prozor, gegen die Gedenkstätte Buchenwald. Anlass war die Einladung des israelisch-deutschen Philosophen Omri Boehm, selbst Enkel eines Holocaustüberlebenden, als Redner bei der Gedenkfeier zum 80. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers. Boehm hatte mit seiner Kritik an Netanjahu den Unmut der Regierung auf sich gezogen. In seinem Zorn verglich ihn der Botschafter sogar mit dem gestürzten syrischen Diktator Baschar al-Assad. Ja, eine wirklich undankbare Aufgabe für deutsche Diplomaten, die Feierlichkeiten mit einer Regierung zu organisieren, die in originären Faschisten Antisemitismuskämpfer sieht, während sie Juden wie Omri Boehm für Antisemiten hält.

Man kann mit Recht argumentieren, dass die Geschichte der deutsch-israelischen Beziehungen es verdient, gewürdigt – ja, sogar gefeiert – zu werden; unabhängig davon, wer aktuell in Jerusalem oder Berlin regiert. Der Weg zur Versöhnung zwischen beiden Nationen war lang und mühsam, mit vielen Hindernissen.

Feiern, aber was?

60 Jahre deutsch-israelische Beziehungen sind Anlass zur Freude – doch es will keine Stimmung aufkommen.

Kein Wunder. An den Beziehungen muss sich etwas ändern.

Von Meron Mendel

Auf diesem Weg mischten sich moralische Bestrebungen mit realpolitischen Interessen. Die Beziehung zu Israel – zunächst durch die sogenannten Wiedergutmachungsabkommen von 1952 und später durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen – ebnete der Bundesrepublik den Weg zu stärkerer Selbstbestimmung und Souveränität. Die Unterstützung Israels wurde zum Symbol eines demokratischen, toleranten und liberalen Selbstverständnisses und damit zum zentralen Bestandteil des deutschen Projekts der „Vergangenheitsbewältigung“. In der Pressemitteilung des Auswärtigen Amtes wird die Freundschaft der beiden Länder als „großes Geschenk“ bezeichnet. Doch von

Berlin muss erkennen: Die Regierung in Jerusalem ist anders als alle zuvor

Anfang an war dieses Geschenk mit Erwartungen an Gegenleistungen verknüpft: wirtschaftliche und militärische Unterstützung sowie Rückendeckung in internationalen Gremien. 2008 erklärte Kanzlerin Angela Merkel vor der Knesset, Israels Sicherheit sei Teil der deutschen Staatsräson. Dies müssten, so Merkel weiter, „in der Stunde der Bewährung keine leeren Worte bleiben“.

Die Staatsräson taucht bis heute in jedem Dokument und in nahezu allen Reden deutscher Politiker zu Israel auf. Doch damals sprach Merkel vor Ministerpräsident Ehud Olmert, dem letzten Regierungschef, der eine friedliche Lösung mit den Palästinensern anstrebte. Dass heute in Jerusalem ein völlig anderer Wind weht, kann niemand bestreiten. Dennoch bleibt das Versprechen, für Israels Sicherheit zu garantieren, unhinterfragt. Im neuen Koalitionsvertrag wird die Staatsräson sogar in zwei unterschiedlichen Paragraphen unterstrichen. Nach Kritik an der israelischen Politik sucht man vergeblich: Während die Siedlergewalt in der Westbank völlig entgrenzt, wurde in der Koalitionsvereinbarung darauf verzichtet, den illegalen Siedlungsbau zu verurteilen. Dem isra-

elischen Premierminister hat Friedrich Merz schon zugesichert, trotz internationalen Haftbefehls „Mittel und Wege“ zu finden, „wie er Deutschland besuchen und wieder verlassen kann“.

Was in Berlin 2025 anscheinend noch nicht erkannt wurde: Diese israelische Regierung ist anders als alle zuvor. Noch nie war ein verurteilter Rechtsextremist wie Sicherheitsminister Itamar Ben-Gvir Teil des Kabinetts. Noch nie hat eine Regierung so massiv an den Fundamenten der israelischen Demokratie gerüttelt, indem sie Justiz und Presse unter ihre Kontrolle zu bringen sucht. Und noch nie gab es einen internationalen Haftbefehl wegen Kriegsverbrechen gegen einen israelischen Premierminister.

Wer also die deutsch-israelischen Beziehungen würdigen möchte, darf sie nicht Rechtsradikalen und Kriegstreibern überlassen. Wem dieses beispiellose Projekt am Herzen liegt, muss von der neuen Bundesregierung einen Kurswechsel fordern. Denn diese Freundschaft zwischen Völkern droht ihre moralische Daseinsberechtigung zu verlieren. Die Verpflichtung zur Sicherheit Israels darf nicht zum Freifahrtschein einer autoritären Regierung werden, den liberalen und humanistischen Kern des Zionismus durch ethnische Überlegenheitsfantasien und den Wahn eines jüdischen Großisraels vom Jordan bis zum Mittelmeer zu ersetzen. Wie Trump uns zwingt, die deutsch-amerikanischen Beziehungen neu zu denken, so muss auch die politische Beziehung zu Israel unter der Netanjahu-Regierung neu aufgestellt werden. Im Zentrum sollte die Frage stehen: Wie lässt sich die Freundschaft stärken mit den Israelis, mit denen wir gemeinsame Werte teilen? Ganz vorn diejenigen, die aktuell zu Hunderttausenden für den Erhalt der Demokratie, für einen Geisel-Deal und für das Ende des Krieges demonstrieren. Diese mutigen Israelis sollten im Zentrum einer neuen deutschen Israel-Politik stehen.

Meron Mendel ist Professor für Soziale Arbeit und Leiter der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt am Main.